

Gegen Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen

Nationalratskommission erachtet das Sicherheitsrisiko als zu hoch

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats lehnt die Aufnahme weiterer Guantánamo-Häftlinge ab. Sie begründet dies mit Sicherheitsaspekten und den Beziehungen zu China.

fon. Bern · Vor wenigen Wochen hat der Bundesrat einem als ungefährlich beurteilten Häftling des amerikanischen Gefangenenlagers Guantánamo das Aufenthaltsrecht erteilt. Der Kanton Genf will den Usbeken aufnehmen; der Mann soll in den nächsten Wochen in der Schweiz eintreffen. Noch unklar ist die Zukunft von zwei uigurischen Häftlingen, deren Aufnahme durch die Schweiz ebenfalls zur Debatte steht. Eine Arbeitsgruppe hat die beiden Männer überprüft und ist zum Schluss gekommen, dass auch sie, wie der Usbeke, integrierbar und aufnahmefähig seien. Der Kanton Jura hat signalisiert, dass er ihnen eine neue Heimat bieten möchte. - Die Sicherheitspolitische Kommission (SIK) des Nationalrates steht diesem Vorhaben ablehnend gegenüber. Sie empfiehlt dem Bundesrat mit 15 zu 10 Stimmen ganz generell, keine Gefangenen aus Guantánamo aufzunehmen. Da der Fall des Usbeken bereits abgehakt ist, bezieht sich ihr Beschluss faktisch auf die beiden Uiguren.

Eine Sache der USA

Wie Kommissionspräsident Jakob Büchler (cvp., St. Gallen) am Dienstag vor den Medien sagte, erachtet die SIK zum einen das Sicherheitsrisiko, das mit der Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen verbunden ist, als zu hoch. Die jüngsten Attentatsversuche hätten gezeigt, dass die terroristische Gefahr weiterhin gross sei, erläuterte Yvan Perrin (svp., Neuenburg), räumte aber gleichzeitig ein, dass kein direkter Zusammenhang zu den Uiguren bestehe. Zum andern vertritt die Kommission die Ansicht, dass Amerika selber für eine Lösung des Guantánamo-Problems sorgen muss. Mit der Aufnahme des Usbeken leiste die Schweiz bereits einen genügend grossen Beitrag, sagte Perrin. Nicht zuletzt wollen es sich die Parlamentarier auch mit China nicht verscherzen, das gegen die geplante Aufnahme der beiden uigurischen Häftlinge in Bern protestiert hat. Die wirtschaftspolitischen Beziehungen zu China müssten ebenfalls berücksichtigt werden, sagte Büchler.

Kompetenz des Bundesrates

Die SIK ist sich allerdings darüber im Klaren, dass letztlich der Bundesrat über die Aufnahme der Uiguren beschliessen wird. Laut Guido Balmer, Mediensprecher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, sollen Ende Januar Gespräche zwischen Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf und Vertretern des Kantons Jura stattfinden. Danach werde der Bundesrat unter Einbezug aller relevanten Aspekte definitiv über die Aufnahme der Uiguren entscheiden. - Die Aussenpolitische Kommission des

Ständerates hat das Thema am Dienstag ebenfalls behandelt, aber keine entsprechende Empfehlung abgegeben.